



Regionalwahlen 2010 in Südkorea

Deutliche Absage an das
rechtskonservative Regierungslager

HANNES B. MOSLER

Juni 2010

- Nach den Regionalwahlen 2006, den Präsidentenwahlen 2007 und den Parlamentswahlen 2008 gewinnt die Opposition bei den Regionalwahlen das erste Mal wieder, und zwar relativ deutlich.
- Das Votum des Volkes ist in erster Linie Manifestation einer Protestwahl, die sich vernehmlich gegen die Politik von Präsident Lee Myung-Bak und seiner rechtskonservativen Regierungspartei GNP richtet.
- Teilweise war man im heterogenen Oppositionslager mit strategischen Kandidaturvereinigungen und einer »Anti-Lee-Myung-Bak-Allianz« erfolgreich, was zwar programmatisch bedenklich ist, vor dem Hintergrund der südkoreanischen Geschichte jedoch als kleiner Fortschritt bewertet werden kann.
- Dass von den insgesamt sechzehn Bildungsministern auf Provinzebene ganze sechs Posten an progressive Kandidaten gingen, ist als eine eindeutig inhaltliche Aussage der Wähler zu verstehen.

Etwas mehr als 38 Millionen südkoreanische Bürger waren am 2. Juni bei den fünften landesweiten Regionalwahlen aufgerufen, ihre Stimmen abzugeben. Die oppositionelle Demokratische Partei (DP) gewann diese Wahlen deutlich, die Regierungspartei Große Nationalpartei (GNP) wurde klar abgestraft. Anders als die Parlamentswahlen, die weniger als ein halbes Jahr nach den Präsidentschaftswahlen Ende 2007 im Frühling 2008 stattfanden, können diese Regionalwahlen als klassische „Bewährungsprobe“ des amtierenden Regierungslagers verstanden werden. Es hat sie nicht bestanden.

Neben 16 Oberbürgermeistern und Provinz-Gouverneuren sowie 16 Bildungsministerämtern (Superintendenten) standen auch über 200 Bezirksleiterposten, rund 700 Abgeordnetensitze der Bezirks- und knapp 3000 der Kommunalparlamente zur Wahl. Die oppositionelle DP erhält sieben der 16 Gouverneursämter, die GNP sechs, die restlichen gehen an die Partei für Freiheit und Fortschritt (FFP; Stadt Daejon) und zwei parteilose Kandidaten (siehe Tabelle.)

Klarer Stimmungswechsel bei den Wählern

Offensichtlich ist der Stimmungswechsel bei den Wählern: Seit den Regionalwahlen 2006 hatte sich ein Rechtsruck angekündigt, der in der Präsidentschaftswahl 2007 und der Parlamentswahl 2008 seine Vollendung

fand. Doch nach zwei langen Jahren unter der neu gewählten rechtskonservativen Regierung scheint nun ein erneuter Richtungswechsel angelegt zu sein.

Der rechtskonservative Lee Myung-Bak war im Dezember 2007 mit überwältigender Mehrheit (die Wahlbeteiligung fiel auf ein Rekordtief von 62,9 Prozent) zu Südkoreas 18. Präsidenten gewählt worden. Im April 2008 folgte ein Erdrutschsieg der rechtskonservativen GNP, für deren Vorgängerpartei Lee in den Jahren 1992 bis 1998 als Abgeordneter im Parlament und zwischen 2002 und 2006 als Bürgermeister im Seouler Rathaus saß. Zuvor hatte er sich beim Großkonglomerat Hyundai von ganz unten hochgearbeitet – er ist als „Bulldozer“ bekannt. Die Nationalversammlung ist seitdem von einer starken Dominanz seitens der Regierungspartei geprägt. Die Wähler hatten nach zehn Jahren unter den relativ progressiven Präsidenten Kim Dae-Jung (1998-2003) und Roh Moo-Hyun (2003-2008) auf Veränderung gesetzt.

Die Ergebnisse der Regionalwahlen von vor vier Jahren hatten die politische Kehrtwende schon erkennen lassen. Die GNP gewann damals alle wichtigen Posten in Seoul, der angrenzenden Gyeonggi-Provinz und Incheon. Von den sechzehn Gouverneursämtern strich sie nicht weniger als zwölf ein. Auch auf unterer Verwaltungsebene wurden seitdem mehr als 80 Prozent der Ämter von GNP-Abgeordneten besetzt. Doch spätestens jetzt scheint den Bürgern deutlich geworden zu sein, dass vie-

Tabelle: Wahlergebnisse der Regionalwahlen 2010 (2006) nach Parteien und Ämtern

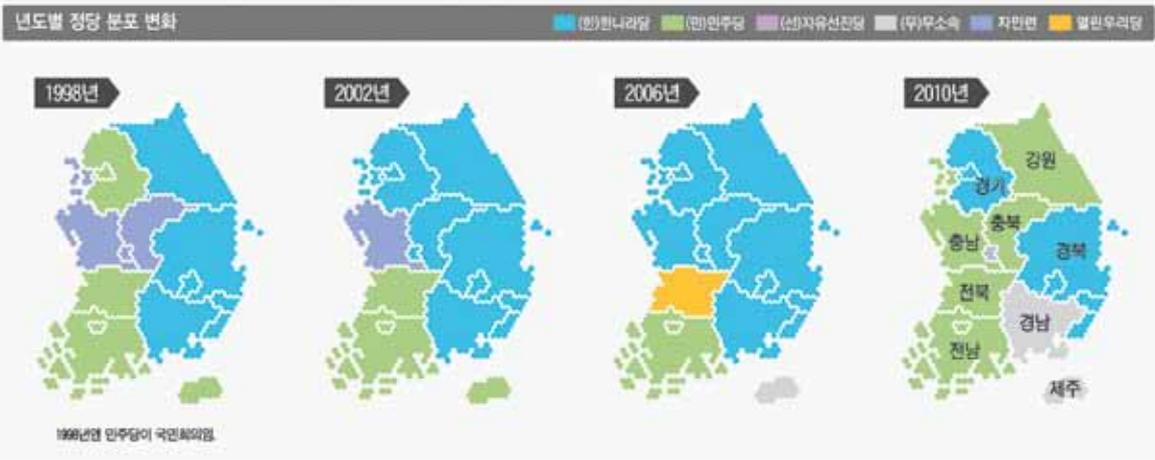
Partei	Oberbürgermeister / Gouverneur	Bezirksleiter	Bezirksabgeordnete	Kommunalabgeordnete
DP	7 (2)	92 (20)	360 (80)	1025 (276)
GNP	6 (12)	82 (155)	288 (557)	1247 (1622)
FFP	1 (-)	13 (-)	41 (-)	117 (-)
DAP	0 (-)	2 (-)	24 (15)	115 (66)
PNP	0 (-)	0 (-)	3 (-)	22 (-)
BZP	0 (-)	1 (7)	0 (15)	2 (67)
BPP	0 (1)	0 (19)	5 (52)	24 (629)
ZA	0 (-)	1 (-)	1 (-)	11 (-)
PPA	0 (-)	0 (-)	3 (-)	19 (-)
Parteilose	2 (1)	36 (29)	36 (14)	305 (228)
Gesamt	16 (16)	228 (228)	761 (733)	2888 (2888)

(DP = Demokratische Partei; GNP = Große Nationalpartei; FFP = Partei für Freiheit und Fortschritt; DAP = Demokratische Arbeiterpartei; PNP = Progressive Neue Partei; BZP = Bürgerzentrumsparter; BPP = Partei für Bürgerpartizipation (wird hier als Nachfolgepartei der ehemaligen Offenen Partei (OP) gezählt); ZA = Zukunftsallianz; PPA = Pro-Park-Allianz; () = Ergebnis der Regionalwahlen 2006)

Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf Daten der NEC (National Election Commission)



Grafik 1: Entwicklung der Verteilung von Oberbürgermeistern und Gouverneuren bei den Regionalwahlen seit 1998 (Türkis = GNP; Hellgrün = DP; Orange = OP)



Quelle: Internetseite der Tageszeitung Chosun Ilbo (http://www.chosun.com/special/issue/62choice/choice2010_a.html) vom 3. Juni 2010

le Probleme, die sich unter den Vorgängerregierungen gezeigt haben, nicht allein auf Fehlverhalten der Amtsinhaber zurückzuführen sind, sondern auch strukturelle Ursachen haben können. Und spätestens jetzt scheint klar geworden zu sein, wie sich eine rechtskonservative Regierung konkret von einer progressiven unterscheidet im Umgang mit wichtigen Fragen und mit den Bürgern, die diese immer häufiger und nachdrücklicher stellen.

Die Hochburgen halten noch, Seouler Einzugsgebiet heiß umkämpft

Des Weiteren kann man an den Wahlergebnissen auch regionalistische Tendenzen erkennen. Während die Ämter in der südöstlichen Region in der Mehrzahl an die GNP, die dort ihre traditionelle Hochburg (Yeongnam-Region) hat, gehen, konnte sich auch die DP in ihrer Hochburg im Südwesten (Honam-Region) durchsetzen. Entscheidend ist jedoch, dass die DP zwar nicht das Oberbürgermeisteramt von Seoul, aber außer der knapp verlorenen Gyeonggi-Provinz zumindest die nahe gelegene Hafenstadt Incheon sowie die in der Mitte der Halbinsel liegende Chungbuk-Provinz fast gänzlich für sich einnehmen konnte. In dieser spielte wahrscheinlich die Frage des Hauptstadtumzugs eine entscheidende Rolle. Der Plan, wichtige Regierungseinrichtungen in die Chungcheong-Provinz zu verlegen, geht auf die Roh Moo-Hyun-Regierung zurück und sollte der übermäßigen Konzentration in Seoul entgegenwirken. Präsident Lee und die GNP hatten angekündigt, den Plan, dem sie

damals im Parlament noch einhellig zugestimmt hatten, nicht umzusetzen.

Da die Hochburgen der Parteien im Südosten und Südwesten seit jeher relativ stabil sind, sind Seoul und sein Einzugsgebiet bei Wahlen immer richtungsweisend. Bei einem Patt zwischen der Yeongnam- und der Honam-Region entscheiden die Wahlberechtigten in Seoul und Umgebung, wo sich die meisten Wählerstimmen auf engstem Raum konzentrieren und die Wähler weniger anfällig für regionalistische Tendenzen sind. Das Hauptduell zwischen dem amtierenden Bürgermeister Oh Se-Hun (GNP) und seiner Herausforderin Han Myung-Suk (DP) wurde voller Spannung erwartet. Bis um fünf Uhr morgens am Folgetag der Wahlen musste man warten, um zu erfahren, dass Han mit 0,6 Prozent Prozent unterlegen war. Oh hat nur mit der Unterstützung aus den einschlägigen Bezirken im reichen Süden der Stadt gewinnen können. Das ist eine Ironie des Schicksals, zumindest für die Mehrheit der Seouler Bevölkerung. Denn die oberen Zehntausend, die sich gerade dort versammeln, sind am wenigsten von bürgerfeindlicher Politik betroffen, haben aber durch ihr Votum dafür gesorgt, dass das Potenzial für eine eben solche Politik aufrecht gehalten wird.

Kurz nachdem bekannt wurde, dass Han ins Rennen um das Oberbürgermeisteramt gehen würde, begann eine Schmierenkampagne gegen die ehemalige Ministerpräsidentin (unter Roh Moo-Hyun), die sie sogar bis ins Gericht brachte. Schließlich scheiterte die Anklage der

Staatsanwaltschaft, da man sowohl zwielichtige Hauptzeugen vorlud als auch höchst fadenscheinige Beweise vorlegte sowie mehr als merkwürdige Argumentationen vortrug. Hans Freispruch erfolgte erst kurz vor den Wahlen, und man konnte nicht sicher sein, wie die Wähler den Ausgang für sich interpretieren: würden sie dennoch der rechtskonservativen Meinungsmache glauben oder würden sie Han nun umso mehr Integrität zusprechen? Han kommentierte den knappen Wahlausgang mit den Worten, dass sie zwar die Wahl verloren habe, aber die Bürger gewonnen hätten.

Der Wahlsieg in der Gyeonggi-Provinz, das direkte Einzugsgebiet Seouls, ging nur ganz knapp an den Kandidaten der GNP. Der herausfordernde Kandidat der erst kürzlich neu gegründeten BPP (Partei für Bürgerpartizipation), Ryu Shi-Min, konnte sich bei der Wahl um den Posten des Gouverneurs für die Provinz Gyeonggi nicht durchsetzen, kam jedoch mit 47,8 Prozent sehr nah an seinen Kontrahenten (52,2 Prozent) von der GNP heran. Entscheidend dafür war die strategische Entscheidung der DP und BPP, durch Vorwahlen einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Dabei setzte sich Ryu durch. Außerdem zog schließlich die Kandidatin der PNP (Progressive Neue Partei), Shim Sang-Jeong, ihre Kandidatur kurz vor den Wahlen zurück, offensichtlich um Ryus Chancen damit zu erhöhen bzw. die des Gegenkandidaten der GNP zu mindern. Teilweise gingen die entsprechenden Wahlkampfteams sogar zusammen auf die Straße.

Historische Kooperation zwischen Parteien des Oppositionslagers

Dies ist insofern ein beachtliches Phänomen, als dass es in der Vergangenheit immer wieder ähnliche Versuche gegeben hatte, sich im Oppositionslager zusammenzutun, was jedoch stets an lagerinternen Auseinandersetzungen scheiterte. Historisch kann man dieses Phänomen bis in die Anfänge der Parteiengeschichte Koreas, also bis zur Zeit des Umbruchs nach der Befreiung aus der japanischen Kolonie Mitte der 1940er Jahre zurückverfolgen. Außerdem wird bis heute der Konflikt zwischen den damaligen Oppositionsführern Kim Young-Sam und Kim Dae Jung in den 1970er Jahren dafür verantwortlich gemacht, dass das diktatorische Regime unter Park Chung-Hee nicht früher beendet werden konnte. Inso-

fern lassen die Entwicklungen, auch wenn kein Sieg dabei herausgesprungen ist, zumindest hoffen.

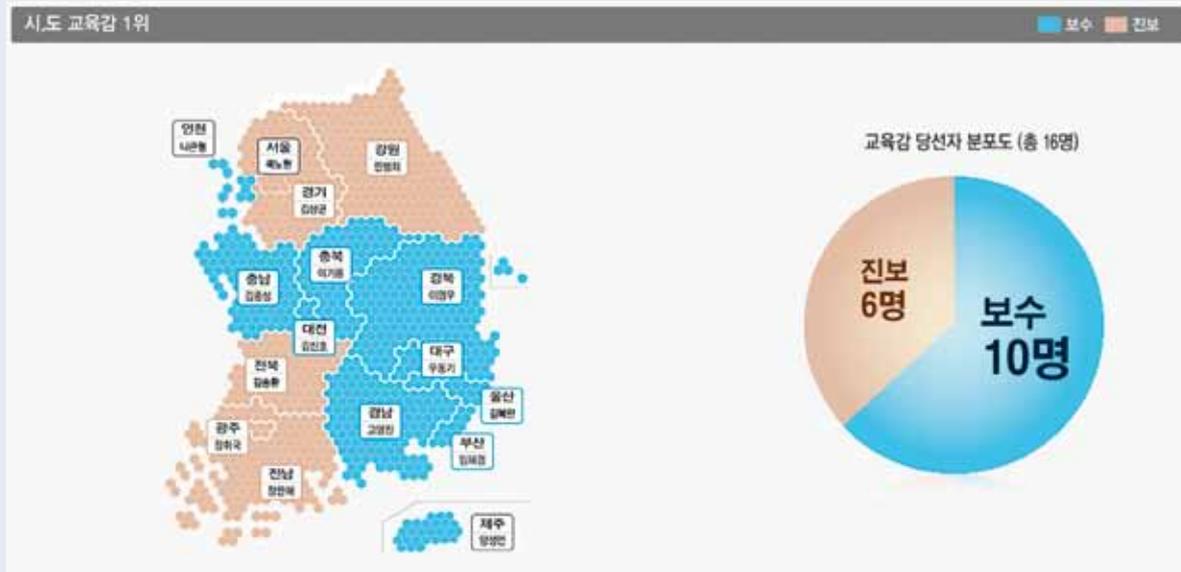
Andererseits sind auch diese latenten Konfliktpotenziale gleich nach Ausgang der Wahlen wieder an die Oberfläche gestiegen. Eine Kandidatenvereinigung von Han Myung-Suk und dem dritten Oberbürgermeisterkandidaten Noh Hoi Chan (PNP) stand zwar zur Diskussion, es kam jedoch schließlich nicht dazu. Er erhielt 3,3 Prozent der Stimmen. Aus der Retrospektive scheint die Rechnung klar: Hätte Noh mit Han, ihr fehlten 0,6 Prozent der Stimmen zum Sieg, kooperiert, hätte Seoul nun seine erste Bürgermeisterin. Noh weist die Kritik von sich, dass dies an ihm gelegen hätte. Bei ersten Sondierungsgesprächen habe es eher an den Forderungen der »mächtigeren Seite« des Wahlkampfteams der ehemaligen Ministerpräsidentin gelegen, dass die Umsetzung einer strategischen Kandidaturvereinigung nicht zustande kam.

Bildungsphilosophie und Bildungspolitik der Regierung stark in Frage gestellt

Ein weiterer Erfolg für das Oppositionslager sind die sechs gewählten progressiven Bildungsminister (Superintendenten) der 16 Provinzen und Städte. Neben der gesamten Honam-Region konnten sich insgesamt sechs progressive Kandidaten u.a. in Seoul, der an Seoul angrenzenden Provinz Gyeonggi und in der Provinz Gangwon durchsetzen (siehe Grafik 2). Da Seoul und die Gyeonggi-Provinz die höchste Bevölkerungsdichte aufweisen, wird sich das Ergebnis entsprechend auf die Bildungsentwicklung auswirken. In der nahe Seoul gelegenen Hafenstadt Incheon dauerte das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem konservativen Na Geun-Hyeong (25,5 Prozent) und dem progressiven Lee Cheong-Yeon (25,1 Prozent) bis in die Morgenstunden. Nur 0,4 Prozentpunkte trennten die Kandidaten schließlich voneinander. Mit großem Abstand hingegen konnte sich in der Gyeonggi-Provinz der progressive Kandidat Kim Sang-Gon (42,3 Prozent) gegen den konservativen Kandidaten Jeong Jin-Gon (27,2 Prozent) durchsetzen. Jeong hatte zuvor als Leiter des Ressorts Bildung, Wissenschaft und Kultur eine hochrangige Position im Blauen Haus, dem Sitz des Präsidenten, bekleidet. Insgesamt kann hier festgestellt werden, dass der breiten Bevölkerung die Bildungspolitik des Regierungslagers nicht gefällt.



Grafik 2: Wahlgewinner Bildungsminister der Provinzen und Städte (Türkis = konservativ; Hellbraun = progressiv)



Quelle: Internetseite der Tageszeitung Chosun Ilbo (http://www.chosun.com/special/issue/62choice/choice2010_c.html) vom 3. Juni 2010

Kein Blankoscheck, sondern Erwartungsvorschuss

Doch der deutliche Wahlsieg der Opposition bzw. progressiver Tendenzen gegenüber dem rechtskonservativen Regierungslager ist mit Sicherheit kein Blankoscheck für die DP. Der Sieg ist zu großen Teilen auf die Unzufriedenheit mit der amtierenden Regierung(spartei) zurückzuführen. Auch der Wahlkampf der Opposition hat sich nach den Desastern der vergangenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen qualitativ nur wenig gesteigert. Die damals noch amtierende DP hatte den Herausforderern sowohl Ende 2007 als auch im Frühling 2008 so gut wie nichts außer »Anti« entgegensetzen – das konnte die Bürger nicht überzeugen. Bei den aktuellen Regionalwahlen konnten die Oppositionsparteien jedoch offensichtlich punkten, indem sie Themen aufwarfen, die die Menschen vor Ort in den Gemeinden und Kommunen direkt betreffen. Die Forderung nach unentgeltlicher Verköstigung von Schülern und neuen Bildungskonzepten, Widerstand gegen das umweltfeindliche Kanalprojekt des Präsidenten, die umstrittene Revision des Plans zum Umzug der (Verwaltungs-)Hauptstadt, die kontroverse Medienpolitik usw. waren Wahlkampfthemen, die mehr und mehr Anklang gefunden haben.

Nach mittlerweile stark in Zweifel gezogenen Umfrageergebnissen hat bis vor kurzem noch rund die Hälfte der Bevölkerung den Präsidenten unterstützt, und die GNP erfreute sich eines statistisch ebenfalls großen Zuspruchs. Letztlich scheint den Bürgern am Herzen gelegen zu haben, dem übermäßig willkürlich handelnden Regierungslager eine Abmahnung zu erteilen. Dass es vorrangig darum ging und nicht etwa um einen plötzlichen Zuspruch für die DP, zeigt auch die Wahlbeteiligung, die mit 54,4 Prozent deutlich höher ist, als die bei den vergangenen Parlamentswahlen (46 Prozent) und neben der bei den ersten Wahlen 1995 (68,4 Prozent) auch das beste Ergebnis der bisherigen Regionalwahlen bedeutet. Dies ist wahrscheinlich größtenteils damit zu erklären, dass die Bürger bisher noch keine Möglichkeit hatten, ihrem Unmut gegenüber der neuen Regierung entsprechenden Ausdruck zu verleihen. Wie erwähnt waren die letzten Parlamentswahlen (2008) zeitlich dicht auf die Präsidentschaftswahlen gefolgt, und erst einen Monat später sollte sich mit dem Rindfleisch-Skandal zeigen, wie kompromisslos die Regierung das Land führen würde. Dass die Bürger dies nicht widerspruchslos mitmachen wollten, deutete sich zwar bereits bei

den Nachwahlen im April 2009¹ an, doch erst mit den aktuellen Regionalwahlen gab es die Gelegenheit, diesem Bewusstsein auch effektiv Nachdruck zu verleihen.

Spannungen mit Nordkorea: Die Bürger bleiben ruhig

Des Weiteren scheinen drängende Fragen, wie Bildung, Umwelt und soziale Gerechtigkeit auch trotz des politisch bis zu kriegerischem Säbelrasseln aufgebauchten Cheonan-Vorfalles ihre Sprengkraft nicht verloren zu haben. Ende März war eine südkoreanische Korvette im Grenzgebiet zu Nordkorea untergegangen. Die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse der offiziellen Untersuchung des Vorfalles, die unter exklusiver Führung des südkoreanischen Militärs und mit Hilfe internationaler Gutachter erarbeitet wurden und Nordkorea dafür verantwortlich machen, wurde von einer nicht unerheblichen Minderheit der Bevölkerung (36 Prozent) angezweifelt.² Außerdem waren nicht weniger als 67,2 Prozent der Befragten der Meinung, das Regierungslager verfolge mit der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts bestimmte »politische Absichten«. Entsprechend erklärt sich, weshalb 65 Prozent die Position vertraten, die Regierung bei diesen Regionalwahlen abzustrafen; hier deutete sich folglich bereits an, was sich kurze Zeit später in Form des ablehnenden Votums gegenüber dem rechtskonservativen Regierungslager manifestieren sollte.

Zu viele Zweifel an der Erklärung, Nordkorea hätte das südkoreanische Kriegsschiff mit einem Torpedo angegriffen, konnten nicht ausgeräumt werden. Es scheint, dass – unabhängig von der Sachlage – nur eine Beweisführung außerhalb des vom Militär und vom rechtskonservativen Regierungslager auferlegten unbedingten Nordkorea-Täter-Frames Überzeugung hätte leisten können. In der Vergangenheit, insbesondere in der diktatorischen Vergan-

genheit, kam es häufig kurz vor Wahlen zu sogenannten »Nordwinden«, also politischer Agitation der rechtskonservativen Kräfte, um mit dem Totschlagargument der Bedrohung aus dem Norden das antikommunistische Angstpotenzial der Bürger abzurufen. Sie sollen sich damit nur in den Armen der Rechtskonservativen sicher fühlen. Dass die Bürger diesen Hamelschen Fängen entkamen und nüchtern an die Wahlurnen traten, ist ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft der Demokratie in Südkorea.

Regierungshandeln zunehmend umstritten

Hinzu kommt, dass die Liste der »Ausfälle« des Regierungslagers mittlerweile sehr lang geworden war. Hatte man bei den Präsidentschaftswahlen 2007 nur böse Ahnungen als Kritik am konkurrierenden Lager äußern können, konnte man bei diesen Regionalwahlen mit Gewissheit auf ein reiches Repertoire zurückgreifen. Angefangen mit dem Rindfleischskandal gleich nach dem Amtsantritt Lees Anfang 2008 über das großangelegte Überlandkanal-Projekt und das juristisch und demokratisch sehr fragwürdige Vorgehen bei der Neubesetzung wichtiger Posten in Regierungsinstitutionen und Medienanstalten (Intendanten) bis hin zu einer äußerst konfrontativen Nordkoreapolitik, die im Vorfeld der Wahlen sogar in gefährliches Säbelrasseln überging – ein Verhalten, das man sonst nur der nordkoreanischen Führung zuschreibt. In den vergangenen zwei Jahren erlebte die Öffentlichkeit fast täglich sprachliche und konkrete Ausfälle der neuen Regierungselite, die selbst die in dieser Hinsicht auch nicht unbedarften Vorgängerregierungen bei Weitem übertroffen haben dürften.

Ausblick

Zusammenfassend kann man festhalten, dass das Oppositionslager, vornehmlich die DP, einen deutlichen Sieg davongetragen hat. Dieser Ausgang ist insofern aussagekräftig, als dass sich nun – nach zwei Jahren rechtskonservativer Regierung – die Bürger ein richtiges Bild machen konnten. Die Rechtskonservativen haben zu großen Teilen sehr enttäuscht. Sie konnten die Gelegenheit bisher nicht nutzen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sie das Land in eine bessere Zukunft führen können. Im Gegenteil, sie haben der Opposition durch sehr fragwürdiges Vorgehen und Unbelehrbarkeit einen Gefallen getan, den sie nun bereuen werden.

1. Vergleiche hierzu „Klare Absage an die Regierungspolitik - Kommentar zu den Nachwahlen zum 18. Parlament in Südkorea.“ http://www.geschkult.fu-berlin.de/e/oas/korea-studien/forschung/Kommentare/Kommentar_Nachwahlen.html. 4.5.2009.

2. Die Umfrage wurde vom Fernsehsender SBS, der Tageszeitung Joon-gang Daily und dem East Asia Research Institute beim Umfrageinstitut Korea Research in Auftrag gegeben und zwischen dem 24. und 26. Mai durchgeführt. Bemerkenswert ist der Unterschied zwischen den Generationen bezüglich des Vertrauens gegenüber dem Bericht der Regierung. Während Befragte in ihren Zwanzigern und Dreißigern mit jeweils 45,3 Prozent und 48,3 Prozent sogar noch unter der 50 Prozent-Marke lagen, vertrauen die Befragten der Fünfzig- und über Sechzigjährigen, also die (Nach-)Kriegsgeneration, mit jeweils 85,3 Prozent und 91,3 Prozent sehr auf die Richtigkeit des Berichts.



In diesem Zusammenhang ist der aktuelle Wahlausgang eine strategisch gute Ausgangssituation für das Oppositionslager in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen in drei Jahren (2013) zum Beispiel mit Han Myung-Suk als potenzieller Kandidatin. Denn sie hat bewiesen, dass sie und ihre Partei trotz politischer Agitation ausreichend Unterstützung im Volk erhalten können. Des Weiteren ist sie auch aus dem ihr angehängten Gerichtsverfahren gestärkt hervorgegangen. Insofern hat Han Myung-Suk derzeit ein dickes Polster moralischer Integrität, das sie auch gegen eine mögliche Herausforderung mit Namen Park Geun-Hye wappnen könnte, sollte es 2013 zu dem Duell der zwei potenziellen Präsidentschaftskandidatinnen kommen.

Oh Se-Hun unterdessen ist als nur äußerst knapp wiedergewählter Seouler Oberbürgermeister in der Bringschuld

und wird sich mehr denn je harter Kritik ausgesetzt sehen. Dieser Kelch, sich realpolitisch beweisen zu müssen, ist an Han vorübergegangen. Entscheidend wird sein, dass die DP bis zu den Parlamentswahlen 2012, also bis ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen, eine fundierte Mehrheit im Parlament aufbauen kann, die notwendig wäre für einen Sieg bei der Wahl um das höchste Amt.

Doch klar muss auch der DP sein, dass dieser Sieg nicht auf ihre positive Leistung, sondern hauptsächlich auf die negative Leistung der GNP zurückzuführen ist. Das heißt letztlich auch, und das gilt in Südkorea fast ausnahmslos für jede wichtige Wahl, dass die Karten jetzt wieder neu gemischt sind, aber nicht etwa, dass sich eine Seite auf einem Joker ausruhen könnte. Dies ist prinzipiell sicherlich keine schlechte Ausgangssituation für einen demokratischen Wettbewerb.



Über den Autor

Hannes B. Mosler befindet sich im politikwissenschaftlichen Promotionsstudium an der Seoul National University (Südkorea) und arbeitet seit April 2009 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Koreastudien der Freien Universität Berlin.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Daniel Reichart, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7451 | Fax: ++49-30-269-35-9211
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt hier:
ingo.schafhausen@fes.de